

GESCHÄFTSORDNUNG

des

Kreistags Coburg

Wahlperiode 2026 - 2032

GESCHÄFTSORDNUNG

des

Kreistags Coburg

Vorbemerkung

Die entsprechend der gesetzlichen Formulierung der Landkreisordnung in dieser Geschäftsordnung in männlicher Form gewählten Bezeichnungen dienen der Lesbarkeit der Geschäftsordnung und schließen auch die weiblichen Vertreter und die Personengruppe Divers der entsprechenden Ämter bzw. Berufsgruppen ein. Wenn die Geschäftsordnung des Kreistags Coburg bei Euro-Beträgen keine expliziten Angaben macht, handelt es sich um Bruttobeträge.

Inhaltsübersicht

I. Teil Allgemeines

- § 1 Umfang der Verwaltung des Landkreises
- § 2 Organe des Landkreises
- § 3 Kreistag
- § 4 Zuständigkeit
- § 5 Beschlussfassung
- § 6 Allgemeine Pflichten der Kreisräte; Verlust des Amtes

II. Teil Sitzungen

- § 7 Sitzungszwang, Teilnahme- und Abstimmungspflicht
- § 8 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, beschränktes Vertretungsrecht
- § 9 Aufwandsentschädigung
- § 10 Zusammensetzung des Kreistages, Anzahl der Sitzungen
- § 11 Öffentliche Sitzungen
- § 12 Ausschluss der Öffentlichkeit
- § 13 Nichtöffentliche Sitzungen
- § 14 Form der Sitzung

III. Teil Geschäftsgang

- § 15 Ladung
- § 16 Tagesordnung
- § 17 Anträge
- § 18 Beiziehung von Bediensteten des Landratsamts
- § 19 Sitzungsablauf
- § 20 Vorsitz, Handhabung der Ordnung
- § 21 Beschlussfähigkeit
- § 22 Beratung
- § 23 Beschlüsse, Wahlen
- § 24 Abstimmung
- § 25 Anfragen
- § 26 Niederschrift
- § 27 Einsichtnahme durch Kreisräte, Abschriften
- § 28 Einsichtnahme durch Kreisbürger

IV. Teil Kreistag

- § 29 Zuständigkeit des Kreistags
- § 30 Fraktionen

V. Teil Ausschüsse

- § 31 Vorbereitung der Verhandlungen des Kreistags durch den Kreisausschuss
- § 32 Weitere Zuständigkeit des Kreisausschusses
- § 33 Einberufung des Kreisausschusses
- § 34 Bestellung des Kreisausschusses
- § 35 Ausschuss für Jugend und Familie
- § 36 Rechnungsprüfungsausschuss
- § 37 Weitere beschließende oder beratende Ausschüsse
- § 38 Bauausschuss
- § 39 Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität
- § 40 Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
- § 41 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren
- § 42 Sitzung der Fraktionssprecher
- § 43 Beiräte, Arbeitsgruppen und sonstige Gremien
- § 44 Beauftragte des Kreistags
- § 45 Geschäftsgang der Ausschüsse

VI. Teil Landrat und Stellvertreter

- § 46 Zuständigkeit des Landrats
- § 47 Einzelne Aufgaben des Landrats
- § 48 Vollzug des Haushaltsplans; überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben
- § 49 Dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte
- § 50 Delegation von Aufgaben und Befugnissen auf Personal des Landratsamts
- § 51 Vollzug der Staatsaufgaben
- § 52 Stellvertreter des Landrats

VII. Teil Landratsamt

- § 53 Landratsamt

VIII. Teil Schlussbestimmungen

- § 54 Inkrafttreten

GESCHÄFTSORDNUNG des Kreistags Coburg

(einschließlich Richtlinien gemäß Art. 34 Abs. 1 S. 2 LKrO)

Der Kreistag des Landkreises Coburg erlässt aufgrund des Art. 40 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) folgende Geschäftsordnung:

I. Teil Allgemeines

§ 1

Umfang der Verwaltung des Landkreises

- (1) Die Verwaltung des Landkreises erstreckt sich auf alle auf das Kreisgebiet (Art. 7 LKrO) beschränkten öffentlichen Aufgaben, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der kreisangehörigen Gemeinden hinausgehen, soweit es sich nicht um Staatsaufgaben handelt (Art. 4 LKrO).
- (2) Die Verwaltungstätigkeit im Landkreis muss mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Bayerischen Verfassung und den Gesetzen im Einklang stehen. Sie darf nur von sachlichen Gesichtspunkten geleitet sein (Art. 50 LKrO).

§ 2

Organe des Landkreises

- (1) Die Verwaltung des Landkreises (Art. 22 LKrO) erfolgt für alle Angelegenheiten des eigenen und übertragenen Wirkungskreises durch
 1. den Kreistag (Art. 23 LKrO),
 2. den Kreisausschuss (Art. 26 LKrO),
 3. den Ausschuss für Jugend und Familie (§ 70 Abs. 1 und § 71 SGB VIII, Art. 17 ff. AGSG),
 4. den Rechnungsprüfungsausschuss (Art. 89 Abs. 2 LKrO),
 5. weitere beschließende oder beratende Ausschüsse (Art. 29 LKrO):
 - a) Bauausschuss
 - b) Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität
 - c) Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
 - d) Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren,
 6. den Landrat (Art. 34, 38 Abs. 2 LKrO).

Das Landratsamt ist bei der Verwaltung des Landkreises Kreisbehörde (Art. 37 Abs. 1 S. 1 LKrO).

- (2) Die Verwaltung der Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde (Kreisverwaltungsbehörde, Art. 1 S. 2 LKrO) erfolgt durch das Landratsamt in seiner Eigenschaft als Staatsbehörde (Art. 37 Abs. 1 S. 2 LKrO). Diese Aufgaben sind der Behandlung durch den Kreistag und die Ausschüsse entzogen.

§ 3 Kreistag

Der Kreistag ist die durch Wahlen berufene Vertretung der Kreisbürger (Art. 23 LKrO). Er überwacht die gesamte Kreisverwaltung in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches (Art. 5, 51 LKrO) und des übertragenen Wirkungsbereiches (Art. 6, 53 LKrO).

§ 4 Zuständigkeit

Die Zuständigkeiten des Kreistags, der Ausschüsse und des Landrats richten sich nach den Gesetzen und den folgenden Bestimmungen dieser Geschäftsordnung.

§ 5 Beschlussfassung

- (1) Die Willensbildung des Kreistags und der Ausschüsse erfolgt durch Beratung und Beschlussfassung.
- (2) Jede Beschlussfassung setzt einen Antrag voraus.

§ 6 Allgemeine Pflichten der Kreisräte; Verlust des Amtes

- (1) Die Kreisräte sind ehrenamtlich tätig (Art. 13, 24 Abs. 2 S. 3 LKrO). Sie sind zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten verpflichtet (Art. 14 Abs. 1 LKrO). Sie haben über die ihnen bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, es sei denn, dass es sich um Mitteilungen im amtlichen Verkehr oder um Tatsachen handelt, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen (Art. 14 Abs. 2 S. 1 LKrO). Sie dürfen die Kenntnis der nach Satz 1 geheimzuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwenden (Art. 14 Abs. 2 S. 2 LKrO). Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Ehrenamts fort (Art. 14 Abs. 2 S. 4 LKrO).
- (2) Kreisräte dürfen ohne Genehmigung über Angelegenheiten, über die sie Verschwiegenheit zu bewahren haben, weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben (Art. 14 Abs. 3 S. 1 LKrO). Die Genehmigung erteilt der Landrat.
- (3) Schuldhaftes Zuwiderhandeln gegen Verpflichtungen der Absätze 1 oder 2 können durch den Kreistag im Einzelfall mit Ordnungsgeld bis zu zweihundertfünfzig EURO, bei unbefugter Offenbarung personenbezogener Daten bis zu fünfhundert EURO, geahndet werden (Art. 14 Abs. 4 LKrO). Die Verantwortlichkeit nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleibt unberührt.
- (4) Auf die übrigen Bestimmungen des Art. 14 Absätze 2 bis 4 LKrO wird hingewiesen.

- (5) Die Kreisräte können außer der Teilnahme an den Beratungen und Abstimmungen Geschäfte nur übernehmen, soweit sie ihnen vom Kreistag oder einem Ausschuss ausdrücklich zur Bearbeitung oder Erledigung übertragen sind (Art. 42 Abs. 1 S. 1 LKrO).
- (6) Das Amt eines Kreisrats endet mit dem Ablauf der Wahlzeit (Art. 23 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes - GLKrWG). Abgesehen davon verliert ein Kreisrat sein Amt, wenn er die Wählbarkeit in den Kreistag verliert (Art. 48 Abs. 1 GLKrWG).

II. Teil Sitzungen

§ 7

Sitzungszwang, Teilnahme- und Abstimmungspflicht

- (1) Der Kreistag beschließt nur in Sitzungen (Art. 41 Abs. 1 LKrO).
- (2) Die Kreisräte sind verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen und die ihnen zugewiesenen Geschäfte (auch als Verbandsräte in Zweckverbänden) zu übernehmen und auszuüben. Im Kreistag, im Kreisausschuss und in den weiteren Ausschüssen darf sich niemand der Stimme enthalten (vgl. auch Art. 42 LKrO).
- (3) Gegen Kreisräte, die sich ihren Verpflichtungen nach Abs. 2 ohne genügende Entschuldigung entziehen, kann der Kreistag Ordnungsgeld bis zu zweihundertfünfzig EURO im Einzelfall verhängen (Art. 42 Abs. 2 LKrO). Die Entscheidung, ob die Entschuldigung genügt, obliegt dem Kreistag.

§ 8

Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, beschränktes Vertretungsrecht

- (1) Mitglieder des Kreistags können an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihnen selbst einem Angehörigen (Art 20 Abs. 5 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes) oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person oder sonstigen Vereinigung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Kreistags in anderer als öffentlicher Eigenschaft (als Amtsperson) ein Gutachten abgegeben hat (Art. 43 Abs. 1 LKrO). Mitglieder des Kreistags, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Wahlen und für Beschlüsse, mit denen der Kreistag eine Person zum Mitglied eines Ausschusses bestellt oder sie zur Wahrnehmung von Interessen des Landkreises in eine andere Einrichtung entsendet, sie dafür vorschlägt oder daraus abberuft.

- (3) Ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, entscheidet der Kreistag oder der jeweilige Ausschuss ohne Mitwirkung des persönlich Beteiligten (Art. 43 Abs. 3 LKrO); der Kreistag oder der jeweilige Ausschuss trifft dabei eine Rechtsentscheidung. Die Mitwirkung eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Kreisrats an der Abstimmung hat die Ungültigkeit des Beschlusses nur dann zur Folge, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war (Art. 43 Abs. 4 LKrO).
- (4) Kreisräte dürfen Ansprüche Dritter gegen den Landkreis nur als gesetzliche Vertreter geltend machen (Art. 44 LKrO).

§ 9 Aufwandsentschädigung

- (1) Die Kreisräte und sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen haben Anspruch auf angemessene Entschädigung und Ersatzleistungen (Art. 14a LKrO). Sie richten sich nach der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und der sonstigen für den Landkreis Coburg ehrenamtlich Tätigen.
- (2) Soweit die Entschädigung und/oder die Ersatzleistung abhängig ist von einer Teilnahme an einer Sitzung, erfolgt der Nachweis hierüber durch Eintragung in die Anwesenheitsliste oder durch Namensaufruf oder durch Feststellung in der Niederschrift.

§ 10 Zusammensetzung des Kreistags, Anzahl der Sitzungen

- (1) Der Kreistag des Landkreises Coburg besteht aus dem Landrat und 60 Kreisräten (Art. 24 LKrO).
- (2) Zeitpunkt und Zahl der Kreistagssitzungen richten sich nach dem Bedarf (wie es der ordnungsgemäße Geschäftsgang erfordert).
- (3) In dringenden Fällen kann der Kreistag zu außerordentlichen Sitzungen einberufen werden. Er ist einzuberufen, wenn es der Kreisausschuss oder ein Drittel der Kreisräte unter Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich beim Landrat beantragt (Art. 25 S. 2 LKrO). In diesem Fall hat die Sitzung unverzüglich, spätestens jedoch am 14. Tag nach Eingang des Verlangens, stattzufinden (Art. 25 S. 3 LKrO).

§ 11 Öffentliche Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Kreistags sind grundsätzlich öffentlich und haben in einem der Allgemeinheit zugänglichen Raum stattzufinden (Art. 46 Abs. 1 und 4 LKrO).
- (2) Zu den öffentlichen Sitzungen hat jedermann Zutritt, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls wird die Zulassung durch Ausgabe von Platzkarten geregelt. Für Medienvertreter müssen stets Plätze freigehalten werden.

- (3) Zuhörer haben kein Recht, in irgendeiner Form in den Gang der Verhandlungen einzugreifen. Der Vorsitzende ist berechtigt, Zuhörer, welche die Ordnung stören, entfernen zu lassen (Art. 47 Abs. 1 S. 2 LKrO).
- (4) Aufnahmen in Ton oder Bild sind nach vorheriger Zustimmung des Vorsitzenden und des Kreistags nur erlaubt, soweit dadurch die Ordnung nicht gestört wird; Abs. 3 gilt sinngemäß. Der Vorsitzende kann die Aufnahmedauer zur Sicherstellung eines geordneten Sitzungsablaufs beschränken. Sitzungsteilnehmer können verlangen, dass während ihres Redebeitrags Aufnahmen unterbleiben. Aufnahmen von Zuhörern bedürfen ihrer vorherigen Einwilligung.

§ 12. Ausschluss der Öffentlichkeit

- (1) Der Kreistag schließt die Öffentlichkeit von der Sitzung aus, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Ansprüche Einzelner der öffentlichen Behandlung entgegenstehen (Art. 46 Abs. 2 S. 1 LKrO).
- (2) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden (Art. 46 Abs. 2 S. 2 LKrO).
- (3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der Landrat oder ein von ihm Beauftragter der Öffentlichkeit in einer späteren öffentlichen Kreistagssitzung oder in anderer geeigneter Weise bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (vgl. Art. 46 Abs. 3 LKrO).

§ 13 Nichtöffentliche Sitzungen

Grundsätzlich sind in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln

1. Grundstücksangelegenheiten,
2. Vergabe von Bau- und sonstigen Aufträgen und Konzessionen,
3. Personalangelegenheiten,
4. Sparkassenangelegenheiten,
5. Angelegenheiten, die dem Steuer- oder Sozialgeheimnis unterliegen,
6. Angelegenheiten, deren nichtöffentliche Behandlung anderweitig vorgeschrieben ist,

es sei denn, dass im Einzelfall Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechnigte Ansprüche Einzelner nicht entgegenstehen (vgl. Art. 46 Abs. 2 S. 1 LKrO).

§ 14 Form der Sitzung

Die äußere Form der Sitzungen ist würdig zu gestalten. Die Kreisräte sind gehalten, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen.

III. Teil Geschäftsgang

§ 15 Ladung

- (1) Die Einberufung der Kreistagssitzungen erfolgt durch den Landrat. Der Kreistag ist einzuberufen, wenn es der Kreisausschuss oder ein Drittel der Kreisräte unter Bezeichnung des Beratungsgegenstands schriftlich oder elektronisch beantragt. In diesem Fall hat die Sitzung unverzüglich, spätestens jedoch am 14. Tag nach Eingang des Verlangens, stattzufinden (Art. 25 LKrO).
- (2) Die Kreisräte werden elektronisch zu den Sitzungen eingeladen. Der Sitzungstermin, der Sitzungsort und der Link zum Abruf der Tagesordnung werden durch eine E-Mail mitgeteilt. Gleichzeitig wird die Tagesordnung in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) als abrufbares nicht veränderbares Dokument eingestellt. Das Einverständnis für die elektronische Ladung ist schriftlich gegenüber dem Landrat zu erklären; es ist jederzeit widerrufbar. In begründeten Ausnahmefällen erfolgt die Ladung schriftlich. Haben Kreisräte im begründeten Ausnahmefall kein Einverständnis zur elektronischen Ladung erteilt bzw. dieses widerrufen oder ist eine elektronische Sitzungsladung seitens des Landkreises ausnahmsweise technisch oder rechtlich unmöglich, erfolgt die Ladung schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung.
- (3) Im Falle der elektronischen Ladung geht die Tagesordnung zu, wenn die E-Mail im elektronischen Briefkasten des Empfängers oder bei seinem Provider abrufbar eingegangen ist, die Tagesordnung im Ratsinformationssystem eingestellt wurde und üblicherweise mit der Kenntnisnahme zu rechnen ist. Bei Versendung durch einfachen Brief gilt die Ladung spätestens am vierten Tag nach der Aufgabe zur Post als zugegangen.
- (4) Die Ladung hat den Kreisräten spätestens am 7. Tag vor der Sitzung zuzugehen. In dringenden Fällen kann diese Frist bis auf den 3. Tag vor der Sitzung abgekürzt werden.
- (5) Der Tagesordnung sollen weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, beigefügt werden, wenn und soweit dies für die Vorbereitung der Beratungen notwendig ist und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit nicht entgegenstehen. Die weiteren Unterlagen werden elektronisch im Ratsinformationssystem des Landkreises Coburg bereitgestellt. Diese können gegebenenfalls bis drei Tage vor dem Sitzungstag ergänzt werden. Sollte dies seitens des Landkreises technisch oder rechtlich unmöglich sein, erfolgt die Zurverfügungstellung schriftlich.

- (6) Zur Vorbereitung auf Tagesordnungspunkte, die in nicht-öffentlicher Sitzung in den Gremien des Landkreises Coburg behandelt werden, erhalten die Kreisräte die Sitzungsunterlagen ebenfalls über das Ratsinformationssystem. Die Unterlagen dürfen nur vom jeweiligen Gremiumsmitglied und nur zur Vorbereitung auf die jeweilige Sitzung verwendet werden. Sie dürfen nicht gespeichert, ausgedruckt und vervielfältigt werden. Die Unterlagen sind nach Abschluss der Angelegenheit zu vernichten.

§ 16 Tagesordnung

Der Landrat stellt die Tagesordnung der Kreistagssitzung auf und bereitet die Beratungsgegenstände vor (Art. 25 Abs. 1 S. 1 LKrO).

§ 17 Anträge

- (1) Anträge, die in einer Kreistagssitzung behandelt werden sollen, sind von den Kreisräten grundsätzlich elektronisch, nur im Ausnahmefall schriftlich dem Landrat zu zuleiten und ausreichend zu begründen. Sie müssen spätestens bis zum 14. Tag vor der Sitzung zugegangen sein. Anträge, die sich auf Tagesordnungspunkte der Ladung beziehen, können bis spätestens 3 Tage vor der Sitzung elektronisch gestellt werden. Fristgerecht eingegangene Anträge werden den Sprechern der Fraktionen und Wählergruppen unverzüglich elektronisch zugeleitet.
- (2) Über Anträge, die keiner Vorbereitung bedürfen, kann sofort beraten und entschieden werden. Anträge, die zur Sitzung nicht vorbereitet werden konnten, sind in ihr bekannt zu geben und zur Behandlung vom Vorsitzenden in den ordentlichen Geschäftsgang zu verweisen. Anträge, die in den Geschäftsgang verwiesen wurden, sind innerhalb von zwei Monaten zu behandeln. Sollte diese Bearbeitungsfrist nicht eingehalten werden, ist das dem Antragsteller unter Angabe der Gründe und des voraussichtlichen Beratungstermins (Zwischenbericht) und im Kreistag bzw. dem zuständigen Ausschuss bekannt zu geben.
- (3) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn entweder die Angelegenheit dringlich ist und der Kreistag der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder sämtliche Mitglieder des Kreistags anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht. Anträge nach Satz 1, die noch Ermittlungen und Prüfungen, Beiziehung von Akten oder die Befragung nicht anwesender Sachbearbeiter oder sonstiger Personen notwendig machen, werden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

(4) Nicht der Schriftform bedürfen:

1. Anträge zur Geschäftsordnung wie z.B.
 - a) Schließung der Rednerliste,
 - b) Begrenzung der Redezeit,
 - c) Schluss der Beratung und sofortige Abstimmung,
 - d) Vertagung eines Tagesordnungspunktes,
 - e) Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung,
 - f) Nichtbehandlung eines Tagesordnungspunktes (Gegenstandes),
 - g) Verweisung in einen Ausschuss,
 - h) Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
 - i) Verweisung eines Tagesordnungspunktes auf eine nichtöffentliche Sitzung,
 - j) Einwendungen zur Geschäftsordnung,
 - k) Antrag auf namentliche Abstimmung (§24 Abs.4);
2. einfache Sachanträge, wie z. B.
 - a) Änderungsanträge während der Debatte,
 - b) Zurückziehung von Anträgen,
 - c) Wiederaufnahme zurückgezogener Anträge.

(5) Anträge, die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben verursachen, dürfen nur gestellt werden, wenn gleichzeitig Deckungsvorschläge gemacht werden (Art. 60 Abs. 1 LKrO).

(6) Anträge von Mitgliedern des Kreistags, für deren Behandlung ein Ausschuss zuständig ist, sind vom Landrat in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

§ 18

Beziehung von Bediensteten des Landratsamts

(1) Der Landrat kann nach seinem Ermessen Bedienstete des Landratsamts oder sonstige Auskunftspersonen zu den Sitzungen des Kreistags beiziehen, die gehört werden können. In nichtöffentlichen Sitzungen sind diese auf ihre Verschwiegenheitspflicht hinzuweisen.

(2) Ein dem Landratsamt zugewiesener juristischer Staatsbeamter soll grundsätzlich als juristischer Sachverständiger zu den Sitzungen zugezogen werden (Art. 37 Abs. 3 S. 1 und 2 LKrO).

§ 19 Sitzungsablauf

(1) Der Ablauf der Kreistagssitzungen ist regelmäßig wie folgt:

1. Eröffnung der Sitzung,
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und Bekanntgabe vorliegender Entschuldigungen,
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit des Kreistags (§ 21),
4. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen, erforderlichenfalls Beratung und Beschlussfassung hierüber,
5. Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung,
6. Bekanntgabe über Anordnungen oder über die Besorgung unaufschiebbarer Geschäfte durch den Landrat an Stelle des Kreistags gemäß Art. 34 Abs. 3 LKrO,
7. Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnungspunkte unter Zugrundelegung evtl. Ausschussbeschlüsse,
8. Anfragen,
9. Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden.

(2) Anträge und Anfragen sollten im Rahmen der Geschäftsordnung in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt werden.

§ 20 Vorsitz, Handhabung der Ordnung

(1) Den Vorsitz im Kreistag führt der Landrat (Art. 33 LKrO). Ist der Landrat verhindert oder persönlich beteiligt, so vertritt ihn sein gewählter Stellvertreter (Art. 32 LKrO), bei dessen Verhinderung sein weiterer Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, so gilt § 52 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung.

(2) Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und handhabt die Ordnung im Sitzungsraum.

(3) Der Vorsitzende kann mit Zustimmung des Kreistags gegen Kreisräte, welche im Rahmen einer Sitzung die Ordnung erheblich stören, ein Ordnungsgeld bis zu 500 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 1.000 Euro, festsetzen. Ein Wiederholungsfall im Sinne von Satz 1 liegt vor, wenn gegenüber dem Mitglied innerhalb derselben Sitzung bereits ein Ordnungsgeld festgesetzt wurde (Art. 47 Abs. 3 LKrO).

(4) Der Vorsitzende ist berechtigt, Kreisräte mit Zustimmung des Kreistags von der Sitzung auszuschließen, wenn sie die Ordnung fortgesetzt erheblich stören (Art. 47 Abs. 1 S. 3 LKrO; bezüglich sonstiger Zuhörer vgl. § 11 Abs. 3 S. 2).

(5) Wird durch einen bereits von einer früheren Sitzung ausgeschlossenen Kreisrat die Ordnung innerhalb von zwei Monaten neuerdings erheblich gestört, so kann ihm der Kreistag für zwei weitere Sitzungen die Teilnahme untersagen (Art. 47 Abs. 2 LKrO).

- (6) Falls die Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal nicht anders wieder herzustellen ist, kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder aufheben. Zum äußeren Zeichen der Unterbrechung oder Aufhebung verlässt der Vorsitzende den Sitzungsraum, nachdem er die Sitzung geschlossen oder die Dauer der Unterbrechung angekündigt hat. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Ladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt, an dem die Sitzung unterbrochen wurde, fortzusetzen.
- (7) Während der Sitzungen ist den Kreisräten die sachfremde Benutzung von mobilen digitalen Endgeräten nicht gestattet. Mitgeführte mobile digitale Endgeräte sind stumm- oder auszuschalten.

§ 21 Beschlussfähigkeit

- (1) Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 41 Abs. 2 LKrO).
- (2) Wird der Kreistag wegen Beschlussunfähigkeit aufgrund fehlender Anwesenheitsmehrheit zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Regelung des Art. 41 Abs. 3 S. 1 LKrO hingewiesen werden.

§ 22 Beratung

- (1) Der Vorsitzende kann jederzeit das Wort ergreifen.
- (2) Ein Kreisrat oder ein Bediensteter des Landratsamtes darf im Kreistag nur dann sprechen, wenn ihm vom Vorsitzenden das Wort erteilt ist. Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldung, bei gleichzeitiger Wortmeldung nach seinem Ermessen.
- (3) Die Anrede ist nur an den Vorsitzenden und an die Kreisräte, nicht an die Zuhörer, zu richten.
- (4) Jede Beratung setzt einen Tagesordnungspunkt oder einen Antrag aus der Mitte des Kreistags voraus.
- (5) Sachanträge sind stets zur Beratung zu stellen.
- (6) Ist der Landrat der Auffassung, dass ein in die Tagesordnung aufgenommenener Antrag rechtlich (z.B. wegen fehlender Zuständigkeit des Kreistags) unzulässig ist, so hat er bei Aufruf des Tagesordnungspunktes auf seine Bedenken hinzuweisen.

- (7) Es darf nur zu dem zur Beratung stehenden Tagesordnungspunkt oder Antrag und mit einer angemessenen Redezeit gesprochen werden. Anderenfalls kann der Vorsitzende das Wort entziehen.
- (8) Während der Beratung über einen Tagesordnungspunkt oder Antrag sind nur zulässig:
1. Geschäftsordnungsanträge,
 2. Zusatzanträge, Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung.
- (9) Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und die Abstimmung nicht mehr aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind.
- (10) Geschäftsordnungsanträge sind sofort und ohne Beratung zur Sache zu behandeln. Sie werden durch das Heben beider Arme signalisiert. Geschäftsordnungsanträge nach § 17 Abs. 4 Nr. 1 Buchst. a bzw. c können nur Kreisräte stellen, die zu dieser Sache noch nicht das Wort hatten.
- Das Wort ist dem Antragsteller außer der Reihe im Anschluss an einen laufenden Redebeitrag zu erteilen. Ein Antrag zur Geschäftsordnung kann durch den Antragsteller durch einen Redebeitrag von maximal einer Minute begründet werden. Erfolgt keine Gegenrede, so ist dieser Antrag angenommen. Ist der Antrag von Erfolg, haben der Vorsitzende und der Antragsteller zur Sache das Recht zur Schlussäußerung.
- Erhebt sich Gegenrede, entweder als formale Gegenrede oder als Gegenrede mit Begründung von maximal einer Minute, wird über den Geschäftsordnungsantrag ohne weitere Diskussion abgestimmt.
- (11) Bei Verletzung der vorstehenden Grundregeln für die Beratung ist der Vorsitzende berechtigt, zur Ordnung zu rufen, auf den Verstoß aufmerksam machen und bei Nichtbeachtung solcher Warnungen das Wort zu entziehen.

§ 23 Beschlüsse, Wahlen

- (1) Beschlüsse des Kreistags werden in offener Abstimmung mit Mehrheit der Abstimmenden gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 45 Abs. 1 LKrO).
- (2) Wahlen werden in geheimer Abstimmung nach Maßgabe des Art. 45 Abs. 3 LKrO vorgenommen. Sie sind nur dann gültig, wenn sämtliche Mitglieder unter Angabe des Gegenstandes geladen sind und die Mehrheit von ihnen anwesend und stimmberechtigt ist. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen

gültigen Stimmen erhält. Neben Neinstimmen und leeren Stimmzetteln gelten auch solche Stimmzettel als ungültig, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig erkennen lassen. Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

(3) Ein Verzicht auf das Wahlgeheimnis ist unzulässig.

§ 24 Abstimmung

(1) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so gilt folgende Reihenfolge:

1. Anträge zur Geschäftsordnung (§ 17 Abs. 4 Nr. 1),
2. Beschlüsse des Kreisausschusses oder der weiteren Ausschüsse zu dem Beratungsgegenstand,
3. weitergehende Anträge; dabei sind nur solche Anträge als weitergehend anzusehen, die einen größeren Aufwand oder eine stärker einschneidende Maßnahme zum Gegenstand haben,
4. zuerst gestellte Anträge, wenn später Gestellte nicht unter Nr. 1 oder 3 fallen.

(2) Vor jeder Abstimmung ist der Antrag, über den abgestimmt werden soll, vom Vorsitzenden zu wiederholen.

(3) Es wird grundsätzlich durch Handaufheben abgestimmt.

(4) Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der anwesenden Kreisräte ist namentlich abzustimmen.

(5) Jedes Mitglied des Kreistags kann verlangen, dass in der Niederschrift vermerkt wird, wie es abgestimmt hat (Art. 48 Abs. 1 LKrO).

(6) Die Stimmzählung ist durch den Vorsitzenden vorzunehmen. Das Abstimmungsergebnis ist dem Kreistag bekanntzugeben.

§ 25 Anfragen

(1) Jeder Kreisrat ist berechtigt, während einer Beratung Anfragen zur Sache an den Vorsitzenden und mit dessen Zustimmung an anwesende Bedienstete des Landratsamtes zu richten.

(2) Dringliche Anfragen können auch während der Sitzung gestellt werden.

(3) Andere Anfragen sind bis spätestens drei Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat einzureichen

- (4) Anfragen werden nicht zur Beratung gestellt.
- (5) Anfragen sollen nach Möglichkeit sofort beantwortet werden. Die sofortige Beantwortung einer Anfrage kann ablehnt werden, wenn der Gegenstand erst durch Aktenprüfung oder Nachforschungen geklärt werden muss. Die Antwort ist dann dem Anfragenden schriftlich zuzuleiten und der Niederschrift beizugeben.

§ 26 Niederschrift

- (1) Über jede Kreistagssitzung ist eine Ergebnisniederschrift zu fertigen. Für die Niederschrift ist der Vorsitzende verantwortlich. Er bestimmt den Schriftführer.
- (2) Die Niederschrift soll den zeitlichen Ablauf der Sitzung zusammenfassend wiedergeben (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 LKrO).
- (3) Die Niederschrift muss ersehen lassen:
1. Tag, Ort und Beginn der Sitzung,
 2. Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzung,
 3. Namen der anwesenden Kreisräte und Dauer der Anwesenheit,
 4. Tagesordnung und behandelte Gegenstände,
 5. Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
 6. Abstimmungsergebnis,
 7. Zeit und Grund des etwaigen Ausschlusses eines Kreisrats,
 8. Zeitpunkt der Beendigung der Sitzung.
- (4) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterschreiben und vom Kreistag zu genehmigen (Art 48 Abs. 2 LKrO). Sie wird spätestens bis zur Ladung der nächsten Sitzung des Gremiums zur Verfügung gestellt. Die Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung liegt während der Dauer der Sitzung zur Einsicht für die Kreistagsmitglieder aus. Wenn bis zum Schluss der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gilt die Niederschrift als vom Kreistag gemäß Art. 48 Abs. 2 LKrO genehmigt.
- (5) Zur Erleichterung der Aufnahme der Niederschrift ist es dem Schriftführer gestattet, für Aufzeichnungen einen Tonträger zu verwenden. Nach Fertigstellung und Unterzeichnung der Niederschrift sind die Tonaufnahmen zu löschen.
- (6) Die Niederschrift aus den öffentlichen Sitzungen wird den Kreisräten über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Im Übrigen gelten die Regelungen des § 15 Abs. 6 sinngemäß.

§ 27

Einsichtnahme durch Kreisträte, Abschriften

Die Kreistagsmitglieder können jederzeit die Niederschriften der öffentlichen sowie der nichtöffentlichen Sitzungen des Kreistags einsehen und sich unentgeltlich Kopien der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen erteilen lassen (Art. 48 Abs. 3 S. 1 LKrO). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können in ein internes, nur Kreisträten zugängliches elektronisches Informationssystem eingestellt werden; das Recht aus Satz 1 wird hiervon nicht berührt.

§ 28

Einsichtnahme durch Kreisbürger

Die Kreisbürger können Einsicht in die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Kreistags nehmen und sich Kopien erteilen lassen. Für die Fertigung der Kopien nach Satz 1 können Kosten nach Maßgabe des Kostengesetzes erhoben werden (Art. 48 Abs. 3 S. 2 und 3 LKrO). Die in öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse können im Internet veröffentlicht werden.

IV. Teil Kreistag

§ 29

Zuständigkeit des Kreistags

- (1) Der Kreistag ist für die in Art. 30 LKrO genannten Angelegenheiten ausschließlich zuständig und kann in den in Art. 12a Abs. 2 LKrO und Art. 12a Abs. 8 Satz 1 LKrO genannten Angelegenheiten (Bürgerentscheid und Bürgerbegehren) entscheiden.
- (2) Der Kreistag behält sich ferner vor, über folgende Angelegenheiten zu beschließen:
 1. Verhängung von Ordnungsgeld gegen in Kreistagssitzungen säumige Kreisträte (Art. 42 Abs. 2 LKrO) sowie die Zustimmung zur Verhängung von Ordnungsgeldern gegen Kreisträte, welche im Rahmen einer Kreistagssitzung die Ordnung erheblich stören (Art. 47 Abs. 3 LKrO),
 2. Entscheidung über die persönliche Beteiligung von Kreisträten in Angelegenheiten, die vom Kreistag behandelt werden (Art. 43 Abs. 3 LKrO),
 3. Ausschluss von Kreisträten aus einer Kreistagssitzung wegen wiederholter Störung der Ordnung (Art. 47 Abs. 2 LKrO),
 4. Umwandlung und Aufhebung kreiskommunaler Stiftungen,
 5. Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben, die im Einzelfall einen Betrag von 100.000 EURO, bei Einzelfällen der Jugendhilfe 130.000 Euro übersteigen sowie sonstiger Maßnahmen, durch die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Verbindlichkeiten des Landkreises entstehen können (Art. 60 LKrO),
 6. Empfehlungen von vorberatenden Ausschüssen (Art. 29 Abs. 1 S. 1 LKrO).

7. Abschluss von bürgerlich-rechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Verträgen (z.B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Werk- und Werklieferungsverträge) mit Verpflichtungen für den Landkreis von mehr als 1.000.000 EURO im Einzelfall oder in Summe bei einer Laufzeit von mehr als 10 Jahren,
8. Entscheidung über die Führung von Aktivprozessen bei einem voraussichtlichen Streitwert von mehr als 500.000 EURO,
9. Realisierungsbeschlüsse für Baumaßnahmen mit einer Verpflichtung des Landkreises ab einem Betrag von mehr als 1.000.000 EURO; im Übrigen beschließt der jeweilige Fachausschuss abschließend, es sei denn, dass ein Drittel seiner Mitglieder innerhalb von 3 Tagen nach der Ausschusssitzung beantragt, den Beschluss darüber durch den Kreistag zu fassen. Hiervon unberührt bleibt die Zuständigkeit des Landrats gemäß § 47 Abs. 2 Ziffer 4 dieser Geschäftsordnung,
10. Stundung, Niederschlagung oder Erlass von Ansprüchen von mehr als 500.000 EURO im Einzelfall,
11. Entscheidungen im Rahmen der Mitgliedschaft im Zweckverband Krankenhausverband Coburg,
12. Entscheidungen über Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Beteiligungen des Landkreises Coburg an Unternehmen sowie an Zusammenschlüssen in privatrechtlicher Rechtsform oder in Formen der kommunalen Zusammenarbeit, soweit diese von grundsätzlicher Bedeutung sind. Hierzu gehören insbesondere die Begründung, Änderung und Beendigung von Beteiligungen sowie wesentliche Strukturänderungen.

§ 30 Fraktionen

Die im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen bilden Fraktionen, wenn sie in dem Umfang vertreten sind, dass sie mindestens vier Sitze im Kreistag innehaben. Die Fraktionen benennen einen Fraktionsvorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter.

V. Teil Ausschüsse

§ 31 Vorbereitung der Verhandlungen des Kreistags durch den Kreisausschuss

- (1) Der Kreisausschuss bereitet die Verhandlungen des Kreistages vor (Art. 26 LKrO).
- (2) Die Vorbereitung erfolgt durch Vorberatung des Gegenstandes. Bei Behandlung in einem Fachausschuss ist keine Kreisausschussbefassung erforderlich (Art. 26 S. 3 LKrO). Dies gilt nicht, soweit es sich bei der Empfehlung des Fachausschusses im Vergleich zur Ausgangslage um eine wesentliche Änderung handelt oder dem Anliegen hohe Wichtigkeit zukommt.

§ 32

Weitere Zuständigkeit des Kreisausschusses

- (1) Der Kreisausschuss ist in eigener Verantwortung zuständig für alle Verwaltungsaufgaben, die nicht dem Kreistag, weiteren beschließenden Ausschüssen oder dem Landrat vorbehalten sind. Dazu gehören die in Art. 38 Abs. 1 LKrO genannten Personalentscheidungen für Kreisbedienstete, die nicht gemäß § 47 der Geschäftsordnung dem Landrat übertragen sind.
- (2) Der Kreisausschuss behandelt darüber hinaus alle wesentlichen, die Landkreisentwicklung und die Wirtschaft berührenden Themenfelder (u. a. auch Maßnahmen zur Fachkräftesicherung) unter Beachtung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit.
- (3) Er beschließt im Rahmen seiner Zuständigkeit endgültig (Art. 26 LKrO).
- (4) Der Kreistag kann Beschlüsse des Kreisausschusses nur unter den gleichen Voraussetzungen ändern oder aufheben, die für die Aufhebung seiner eigenen Beschlüsse gelten.

§ 33

Einberufung des Kreisausschusses

Der Kreisausschuss wird vom Landrat nach Bedarf einberufen. Er muss einberufen werden, wenn es die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beantragt. In diesem Fall hat die Sitzung unverzüglich, spätestens jedoch am 14. Tag nach Eingang des Verlangens, stattzufinden (Art. 28 LKrO).

§ 34

Bestellung des Kreisausschusses

- (1) Dem Kreisausschuss gehören der Landrat und 12 Kreisräte an (Art. 27 LKrO).
- (2) Die Mitglieder des Kreisausschusses werden vom Kreistag aufgrund der Vorschläge der Parteien und Wählergruppen nach dem d'Hondt-Verfahren ermittelt. Haben dabei mehrere Parteien oder Wählergruppen gleichen Anspruch auf einen Sitz, entscheidet die Zahl der bei der Wahl auf diese Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen. Einzelmitglieder und kleine Gruppen des Kreistags, die aufgrund des Stärkeverhältnisses im Kreisausschuss nicht vertreten wären, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in den Kreisausschuss zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften i.S. Art. 27 Abs. 2 Satz 5 LKrO). Ausschussgemeinschaften können einen Sprecher und mindestens einen Stellvertreter benennen.

Das Verfahren nach d'Hondt ist ausgeschlossen, wenn die Sitzverteilung im Einzelfall zu einer Überaufrundung einer Partei, Wählergruppe oder Ausschussgemeinschaft zu Lasten einer anderen führt und die Überaufrundung durch alternative Verfahren vermieden wird, ohne dass jene Verfahren zu einer Unterrepräsentation anderer Parteien, Wählergruppen oder Ausschussgemeinschaften in Bezug auf deren rechnerischen Sitzanteile führen. Eine Überaufrundung liegt vor, wenn das Berechnungsverfahren bei einer Partei, Wählergruppe oder Ausschussgemeinschaft eine Aufrundung um mehr als 0,99 der dieser nach der strengen Proportionalberechnung zustehenden Anzahl der Ausschusssitze bewirkt oder bewirken kann. In diesem Fall kommt das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers zur Anwendung.

- (3) Die Parteien, Wählergruppen oder Ausschussgemeinschaften, auf die Sitze entfallen sind, schlagen ihre Bewerber vor, die sodann als Mitglieder des Kreisausschusses zu bestellen sind.
- (4) Für jeden Kreisrat als Mitglied des Kreisausschusses werden für den Fall seiner Verhinderung ein Stellvertreter und ein weiterer Stellvertreter namentlich bestellt. Das Ausschussmitglied hat seinen Stellvertreter im Falle der Verhinderung zu verständigen.
- (5) Während der Wahlzeit im Kreistag eintretende Änderungen des Stärkeverhältnisses der Parteien und Wählergruppen sind auszugleichen. Scheidet ein Mitglied aus der von ihm vertretenen Partei oder Wählergruppe aus, so verliert es seinen Sitz im Kreisausschuss (vgl. Art. 27 Abs. 3 LKrO).

§ 35

Ausschuss für Jugend und Familie

- (1) Der Kreistag bestellt gemäß §§ 70 Abs. 1 und 71 SGB VIII und Art. 17 ff AGSG und der geltenden Satzung für das Landratsamt Coburg, Amt für Jugend und Familie, den Ausschuss für Jugend und Familie als ständigen beschließenden Ausschuss.
- (2) Der Ausschuss für Jugend und Familie befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe gem. § 71 Abs. 2 SGB VIII.

Er hat Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel und der von ihr erlassenen Satzung.

Bei Einzelfallentscheidungen im Rahmen von Hilfen zur Erziehung entscheidet er bis zu einer Wertgrenze von 130.000 EURO. Darüber hinaus wird er vorberatend für den Kreistag tätig.

- (3) Dem Ausschuss für Jugend und Familie gehören 15 stimmberechtigte und 11 beratende Mitglieder an. Bei der Besetzung soll auf eine ausgewogene Berücksichtigung von Männern und Frauen hingewirkt werden.

1. Stimmberechtigte Mitglieder (§ 71 Abs. 1 SGB VIII, Art. 18 AGSG) sind:
- a) der Landrat oder das von ihm bestellte Mitglied des Kreistags als Vorsitzender,
 - b) 8 Mitglieder des Kreistags,
 - c) 6 Frauen und Männer, die auf Vorschlag der Wohlfahrtsverbände und der Jugendverbände vom Kreistag gewählt werden (vgl. § 3 Abs. 2 Nr. 3 S. 2 der Satzung für das Landratsamt Coburg, Amt für Jugend und Familie).

2. Beratende Mitglieder (Art.19 AGSG) sind:

- a) der Leiter der Verwaltung des Amtes für Jugend und Familie,
- b) ein Mitglied, das als Jugend- oder Familien- oder Vormundschaftsrichter tätig ist,
- c) ein Mitglied aus dem Bereich der Schulen oder der Schulverwaltung,
- d) jeweils ein Bediensteter der zuständigen Agentur für Arbeit und des zuständigen Jobcenters,
- e) eine Fachkraft, die in der Beratung im Sinne des § 28 SGB VIII (Erziehungsberatung) tätig ist,
- f) die Gleichstellungsbeauftragte im Landratsamt Coburg,
- g) ein Polizeibeamter,
- h) der Vorsitzende des Kreisjugendringes oder eine von ihm beauftragte Person, sofern der Vorsitzende des Kreisjugendrings dem Jugendhilfeausschuss nicht bereits als stimmberechtigtes Mitglied angehört,
- i) Mitglieder aus dem Bereich der Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts. Ihre Zahl und Zusammensetzung wird entsprechend ihrer Bedeutung im Jugendamtsbezirk in der Satzung festgelegt.

(4) Für jedes Mitglied des Ausschusses für Jugend und Familie ist ein Stellvertreter zu bestellen (Art. 18 Abs. 3, 19 Abs. 3 AGSG). Scheidet ein stimmberechtigtes Mitglied, das nicht dem Kreistag angehört, vor Ablauf der Wahlzeit aus, so ist ein Ersatzmitglied zu wählen (Art. 22 Abs. 3 S. 1 AGSG). Scheidet ein beratendes Mitglied vor Ablauf der Wahlzeit aus ist nach Art. 19 Abs. 2 AGSG ein Ersatzmitglied zu benennen.

(5) Ein beratendes Mitglied kann nicht Stellvertreter eines stimmberechtigten Mitgliedes sein.

(6) §§ 33 und 34 gelten entsprechend, soweit in § 35 keine anderslautenden Regelungen getroffen sind.

§ 36 Rechnungsprüfungsausschuss

Der Kreistag bildet aus seiner Mitte einen Rechnungsprüfungsausschuss mit 5 Mitgliedern und bestimmt ein Ausschussmitglied zum Vorsitzenden (Art. 89 Abs. 2 LKrO). Als Ausschussmitglied und als Ausschussvorsitzender kann nicht der Landrat bestellt werden.

Ferner bestellt der Kreistag für jedes Ausschussmitglied einen Stellvertreter für den Fall seiner Verhinderung und bestimmt, welches Ausschussmitglied bei Verhinderung des Ausschussvorsitzenden den Vorsitz führen soll. Der Rechnungsprüfungsausschuss tagt grundsätzlich nicht öffentlich.

§ 37

Weitere beschließende oder beratende Ausschüsse

- (1) Im Bedarfsfall kann der Kreistag weitere beschließende oder beratende Ausschüsse bilden (Art. 29 Abs. 1 LKrO).
- (2) Für die Bestellung und Einberufung der weiteren Ausschüsse gelten die §§ 33 und 34 dieser Geschäftsordnung entsprechend.
- (3) Den weiteren Ausschüssen können nur Kreisräte angehören. Andere Personen können als Berater von Fall zu Fall zugezogen werden.

§ 38

Bauausschuss

- (1) Der Kreistag bestellt einen Bauausschuss.

Er ist zuständig für die Beschlussfassung bis zu einer Wertgrenze von 1.000.000 EURO in den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten; darüber hinaus wird er vorberatend für den Kreistag tätig.

- (2) Dem Bauausschuss gehören der Landrat und 12 Kreistagsmitglieder an.
- (3) Der Bauausschuss ist zuständig für alle Bauangelegenheiten.

Dazu gehören insbesondere:

- a) der Kreisstraßenbau
- b) die Widmung und Umstufung von Kreisstraßen
- c) der Bau und die Unterhaltung, Erhaltung, Erweiterung und Veränderung der kreiseigenen Gebäude einschließlich der Finanzierung und des Grunderwerb
- d) Bau und Umbau der Schulen, für die der Landkreis den Sachaufwand zu tragen hat, sowie deren Ausstattung, die mit dem Gebäude fest verbunden ist oder die der Pflege der Anlagen dient
- e) die Wohnungsbauförderung durch den Landkreis
- f) der Denkmalschutz
- g) Beschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Maschinen für die Kreisstraßenmeisterei
- h) Neubau und Baumaßnahmen an Wertstoffhöfen

§ 39 Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität

- (1) Der Kreistag bestellt einen Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität. Er ist zuständig für die Beschlussfassung bis zu einer Wertgrenze von 200.000 EURO in den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten; darüber hinaus wird er vorberatend für den Kreistag tätig.
- (2) Dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität gehören der Landrat und 12 Kreisratsmitglieder an.
- (3) Der Ausschuss ist zuständig für alle Angelegenheiten aus den Bereichen Umwelt, Energie und Mobilität. Dazu gehören insbesondere:
 1. Umweltbereich
 - a) Sicherung von Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlage
 - b) Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes
 - c) Schutz und Pflege des Waldes
 - d) Schonung, Erhaltung und Verbesserung der gewachsenen Orts- und Landschaftsbilder
 - e) Schonung, Erhaltung und Verbesserung der heimischen Tier- und Pflanzenarten
 2. Energie- und Klimaschutzbereich
 - a) Aktive Begleitung der Energiewende und Sicherung der Energieversorgung für Bürger und Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung regenerativ erzeugter Energie aus der Region und möglicher Einsparpotentiale
 - b) Energieversorgung in Einrichtungen des Landkreises unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Belange
 - c) Förderung und Unterstützung des Klimaschutzes
 - d) Planungs- und Raumordnungsangelegenheiten regionaler und überregionaler Energieinfrastrukturen sowie nachhaltiger Umgang mit Ressourcenin Zusammenarbeit mit Nachbarlandkreisen sowie den kreisangehörigen Städten und Gemeinden unter Wahrung der Zuständigkeit und Verantwortung der jeweiligen Gebietskörperschaften
 3. Mobilitätsbereich
 - a) die Verkehrskonzeption des Landkreises
 - b) grundsätzlicher Angelegenheiten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
 - c) Nahverkehrskonzeption des Landkreises und Abstimmung mit der Stadt Coburg und den Nachbarlandkreisen; Erstellung und Änderung des Nahverkehrsplanes; Fahrplanangelegenheiten des ÖPNV; Einrichtung neuer oder Einstellung bestehender Regionalbuslinien
 - d) Schienengebundene Güterverkehrsangelegenheiten
 - e) Weiterentwicklung des Landkreises als fahrradfreundliche Gebietskörperschaft
 - f) Förderung alternativer Mobilitätsarten
 4. Kommunale Abfallwirtschaft

§ 40
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

- (1) Der Kreistag bestellt einen Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.
Er ist zuständig für die Beschlussfassung bis zu einer Wertgrenze von 200.000 EURO in den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten; darüber hinaus wird er vorberatend für den Kreistag tätig.
- (2) Dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gehören der Landrat und 12 Kreistagsmitglieder an. Themenbezogen können die im Sport zuständigen Sportfunktionäre der übergeordneten Verbände als weitere Beratende geladen werden.
- (3) Der Ausschuss ist zuständig für alle Angelegenheiten aus den Bereichen Bildung, Kultur und Sport. Dazu gehören insbesondere:
 1. Bildungsbereich
 - a) Weiterentwicklung der Bildungsregion von der frühkindlichen bis hin zur Erwachsenenbildung
 - b) Angelegenheiten der Volkshochschule
 - c) Ausstattung der Bildungsreinrichtungen die eine direkte Auswirkung auf die pädagogische Arbeit in den Schulen hat, für die der Landkreis den Sachaufwand trägt
 - d) grundsätzliche Festlegungen zur Nutzung der schulischen Räumlichkeiten für erweiterte schulische und außerschulische Zwecke
 - e) Fragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und IT an Schulen
 2. Kulturbereich
 - a) Förderung der Museumslandschaft
 - b) Heimatpflege
 - e) die Kreisbildstelle
 - f) Förderung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft
 - g) Internationale Partnerschaften
 3. Sportbereich /Schützenvereine
 - a) Sportveranstaltungen des Kreises
 - b) Ehrung für herausragende sportliche Leistungen
 - c) Förderung der Jugendarbeit im Sport (Sportförderrichtlinien)

§ 41
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren

- (1) Der Kreistag bestellt einen Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren.
Er ist zuständig für die Beschlussfassung bis zu einer Wertgrenze von 200.000 EURO in den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten; darüber hinaus wird er vorberatend für den Kreistag tätig.
- (2) Dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren gehören der Landrat und 12 Kreistagsmitglieder an.

(3) Der Ausschuss ist zuständig für alle Angelegenheiten aus den Bereichen Soziales, Gesundheit und Senioren. Dazu gehören insbesondere:

1. Bereich Soziales

- a) alle grundsätzlichen sozialen Angelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Jugend und Familie fallen
- b) Integration und Migration
- c) Bürgerschaftliches Engagement
- d) Förderung der Demokratie und Teilhabe

2. Bereich Gesundheit

- a) Gesundheitsversorgung
- b) Pflege
- c) Gesundheitsförderung
- d) Hospiz- und Palliativversorgung
- e) Herstellung von Barrierefreiheit

3. Bereich Senioren

- a) Wohnen und Wohnumfeld
- b) Betreuung und Vitalerhaltung in der Häuslichkeit
- c) Freizeit, Kultur und Begegnung

§ 42

Sitzung der Fraktionssprecher

(1) Der Sitzung der Fraktionssprecher gehören als geborene Mitglieder an:

- 1. Der Landrat als Vorsitzender
- 2. Die Fraktionsvorsitzenden (bei Verhinderung deren Stellvertreter)
- 3. Die Stellvertreter des Landrats

(2) Die Sitzung der Fraktionssprecher dient der interfraktionellen Abstimmung in wichtigen Angelegenheiten. Ferner unterstützt die Sitzung der Fraktionssprecher den Landrat in bedeutsamen Fragen der Tagesordnung und des Geschäftsgangs für den Kreistag. Die Sitzung der Fraktionssprecher ist für die Vorberatung von Ehrungen zuständig.

(3) In der Sitzung der Fraktionssprecher werden Empfehlungen ausgesprochen.

(4) Der Landrat beruft die Sitzung der Fraktionssprecher ein, wenn er es für notwendig erachtet. Die Einladung erfolgt in der Regel per E-Mail unter Bekanntgabe der Tagesordnung.

(5) Die Sitzung der Fraktionssprecher tagt ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder. Die Sitzung der Fraktionssprecher kann andere Personen (Kreistagsmitglieder, Bedienstete, sonstige Auskunftspersonen) beiziehen.

§ 43
Beiräte, Arbeitsgruppen und sonstige Gremien

- (1) Im Bedarfsfall kann der Kreistag Beiräte, Arbeitsgruppen und sonstige Gremien bilden. Außerdem entsendet der Kreistag Vertreter in sonstige Gremien (Aufsichtsräte, Verbandsversammlungen, etc.).
- (2) Für die Bestellung der Mitglieder in Gremien nach Absatz 1 Satz 1 und die Entsendung nach Absatz 1 Satz 2 gilt § 34 Absatz 2 entsprechend. Haben dabei mehrere Parteien oder Wählergruppen gleichen Anspruch auf einen Sitz, entscheidet die Zahl der bei der Wahl auf diese Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen.

§ 44
Beauftragte des Kreistags

Ehrenamtlich tätige Beauftragte des Kreistags werden durch Beschluss aus der Mitte des Kreistags bestellt.

§ 45
Geschäftsgang der Ausschüsse

- (1) Für den Geschäftsgang des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse gelten die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung für den Kreistag, insbesondere die §§ 11 bis 28 entsprechend, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen hierfür bestehen.
- (2) Kreisräte können auch in nichtöffentlichen Sitzungen von Ausschüssen, denen sie nicht angehören, als Zuhörer anwesend sein. Ein Mitspracherecht steht ihnen ebenso wie in öffentlicher Sitzung von Ausschüssen, denen sie nicht angehören, nicht zu. In Einzelfällen kann ein Ausschuss Kreisräten als Nichtmitgliedern des Ausschusses zu bestimmten Tagesordnungspunkten das Wort erteilen, wenn dies für die Behandlung des Beratungsgegenstandes sachdienlich ist.

VI. Teil
Landrat und Stellvertreter

§ 46
Zuständigkeit des Landrats

- (1) Der Landrat vertritt den Landkreis nach außen. Der Umfang der Vertretungsmacht ist auf seine Befugnisse beschränkt (Art. 35 Abs. 1 LKrO).
- (2) Der Landrat führt den Vorsitz im Kreistag, im Kreisausschuss und in den weiteren Ausschüssen sowie den Beiräten (Art. 33 LKrO; vgl. auch § 20). Soweit es ihm durch Gesetz gestattet ist (vgl. Art. 17 Abs. 3 AGSG), kann er den Vorsitz auf einen Vertreter übertragen.

Für den Rechnungsprüfungsausschuss gilt § 36 Satz 2. Der Landrat führt die Geschäfte des Landkreises gemäß den Gesetzen und den Beschlüssen der Kreisorgane.

- (3) Der Landrat bereitet die Sitzungsgegenstände vor; er vollzieht die Beschlüsse und beanstandet solche Entscheidungen, die er für rechtswidrig hält, setzt ihren Vollzug aus und führt, soweit erforderlich, die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 54 LKrO); von einer solchen Aussetzung hat er den Kreistag bzw. den beschließenden Ausschuss unverzüglich zu verständigen.
- (4) Der Landrat ist zuständig für die Regelung der innerdienstlichen Angelegenheiten des Landratsamtes (z.B. Dienstanweisungen und Hausordnungen, Geschäftsverteilungspläne, Zeichnungsbefugnis, Personal- und Materialeinsatz, Arbeitszeitregelung im Rahmen der geltenden Arbeitszeitordnungen, Zahlungsanordnung und deren Übertragung).
- (5) Der Landrat ist ferner zuständig für die Angelegenheiten der §§ 46 bis 48 dieser Geschäftsordnung.
- (6) Darüber hinaus kann der Kreistag durch Änderung bzw. Ergänzung dieser Geschäftsordnung weitere Verwaltungsaufgaben dem Landrat zur selbständigen Erledigung übertragen, soweit es sich nicht um Angelegenheiten im Sinne des Art. 34 Abs. 2 S. 2 i. V. m. Art. 30 LKrO handelt. Für die Übertragung der personalrechtlichen Befugnisse nach Art. 38 Abs. 1 Satz 3 LKrO ist ein Beschluss des Kreistags nötig, der der Mehrheit der stimmberechtigten Kreistagsmitglieder bedarf (Art. 38 Abs. 1 S. 4 LKrO).

§ 47

Einzelne Aufgaben des Landrats

- (1) Der Landrat erledigt in eigener Zuständigkeit
 1. die laufenden Angelegenheiten, die für den Landkreis keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 LKrO),
 2. die Angelegenheiten des Landkreises, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 LKrO),
 3. weitere Angelegenheiten, die ihm durch Beschluss des Kreistages übertragen sind (Art. 34 Abs. 2 und Art. 38 Abs. 2 LKrO),
 4. die in Art. 38 Abs. 2 LKrO genannten Personalentscheidungen.
- (2) Zu den laufenden Angelegenheiten i. S. d. Abs. 1 Nr. 1 bzw. zu den nach Abs. 1 Nr. 3 übertragenen Angelegenheiten gehören insbesondere:
 1. der Vollzug der Satzungen und Verordnungen des Landkreises,
 2. der Abschluss von bürgerlich-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträgen (z.B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Werk-, Werklieferungsverträge; Straßenbaukosten-, Anschlussgebühren-, Benutzungsverträge) bis zu einer Wertgrenze von 100.000 EURO einmaliger Belastung und 50.000 EURO jährlicher laufender Belastung, sowie die Kündigung oder der Rücktritt von diesen Verträgen,

3. die Vornahme sonstiger bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rechtshandlungen (z.B. Stundung, Gewährung von Teilzahlungen, grund- buchrechtliche Erklärungen) bis zu einer Wertgrenze des Rechtsverhältnisses von 50.000 EURO,
4. der Abschluss von nachträglichen Vertragsergänzungen und Vertragsänderungen zu Bauaufträgen und Liefer-, und Dienstleistungsaufträgen sowie Verträgen nach HOAI bis höchstens 10 % des Wertes des zugrunde liegenden Bauauftrags bzw. Liefer- oder Dienstleistungsauftrags bzw. HOAI-Vertrags; bei der Wertermittlung sind weder der zugrundeliegende Auftrag noch vorherige Vertragsergänzungen zu der entscheidungsrelevanten Ergänzung hinzuzuzählen,
5. die Abgabe von Prozesserkklärungen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen, wenn der Rechtsstreit für den Landkreis keine grundsätzliche Bedeutung hat und der Streitwert voraussichtlich 100.000 EURO nicht übersteigt,
6. die Gewährung von freiwilligen Zuweisungen und Zuschüssen im Rahmen des Haushaltsplans, soweit sie im Haushaltsplan einzeln ausgewiesen sind oder im Einzelfall den Betrag von 10.000 EURO nicht übersteigen,
7. die Genehmigung zur Verwendung des Landkreiswappens
8. die Annahme und Ablehnung von Spenden, mäzenatischen Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen, sowie der Abschluss von Sponsoringvereinbarungen, soweit sie einen Wert von 5.000 Euro nicht übersteigen.

(3) Zu den nach Abs. 1 Nr. 3 zu übertragenden Angelegenheiten gehören

1. für alle Bediensteten folgende unter Buchstaben a) – n) aufgeführten Personalangelegenheiten
 - a) Vollzug des Stellenplanes
 - b) Änderung der regelmäßigen Arbeitszeiten
 - c) befristete Beschäftigungen für vorübergehende Personalausfälle
 - d) befristete Beschäftigungen für maximal ein Jahr bei unerwartet auftretenden Bedarfen
 - e) Beurlaubungen
 - f) Entlassungen von Beamten auf Antrag
 - g) Anerkennung von Dienstunfällen von Beamten
 - h) Erteilung des Einvernehmens bei Versetzung von Beamten
 - i) Versetzung von Beamten in den Ruhestand
 - j) Genehmigung von Nebentätigkeiten von Bediensteten des Landkreises
 - k) Gewährung gesetzlicher und tariflicher Zulagen
 - l) Entscheidung über Altersteilzeitanträge nach den Vorgaben des Kreis-ausschusses
 - m) Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen im gegenseitigen Einvernehmen
 - n) Gewährung von Gehaltsvorschüssen.

In wichtigen Personalangelegenheiten oder solchen von grundsätzlicher Bedeutung bleibt die Entscheidung dem Kreis Ausschuss vorbehalten. Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen vorliegen, trifft der Landrat nach pflichtgemäßem Ermessen.

2. weitere Personalangelegenheiten, insbesondere gem. Art. 38 Abs. 1 LKrO für nachstehende Bedienstetengruppen
 - a) Beamte bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11
 - b) Beschäftigte in den Entgeltgruppen 1 – 11 und S 3 bis S 17 TVöD
 - c) Anwärter, Auszubildende und Praktikanten.
 3. Durchführung und Besetzung einschließlich der erforderlichen Personalabwicklung von Maßnahmen, die von der Arbeitsverwaltung gefördert werden, ohne Bindung für den Stellenplan.
 4. Festsetzung des Wertes von Personal- und Werkdienstwohnungen.
 5. Bestellung und Abberufung des Gleichstellungsbeauftragten.
 6. Freigaben für den Einsatz von Verfahren zur automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten nach den Datenschutzbestimmungen.
- (4) Soweit Aufgaben nach Abs. 2 und Abs. 3 nicht unter Art. 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LKrO fallen, werden sie hiermit dem Landrat gemäß Art. 34 Abs. 2 LKrO zur selbständigen Erledigung übertragen.
- (5) Dem Kreisausschuss ist in der nächsten Sitzung über die nach Abs. 2 Nr. 4 veranlassten Maßnahmen und über die dem Landrat durch Beschluss übertragenen Personalentscheidungen zu berichten.

§ 48

Vollzug des Haushaltsplans; überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben

- (1) Der Landrat vollzieht den Haushaltsplan nach Maßgabe der Beschlüsse des Kreistags, des Kreisausschusses oder der weiteren Ausschüsse sowie seiner eigenen Zuständigkeit, insbesondere nach §§ 46, 47 und 49 der Geschäftsordnung.
- (2) Der Landrat ist berechtigt, Kassenkredite und Kredite im Rahmen des in der Haushaltssatzung (Art. 67 LKrO) festgelegten Höchstbetrages aufzunehmen; der Kreisausschuss ist über Kreditaufnahmen (einschließlich Umschuldungen) zu unterrichten.
- (3) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (vgl. Art. 60 Abs. 1 LKrO). Der Landrat ist berechtigt im Einzelfall und pro Haushaltsstelle, bis zur Höhe von 50.000 EURO Mittel - bei Deckungsringen bis zu 10 % des Gesamthaushaltsansatzes -, die durch anderweitige Einsparungen zur Verfügung stehen, Mehreinnahmen und Mittel der Deckungsreserve in Anspruch zu nehmen.

- (4) Der Landrat ist berechtigt, über Niederschlagungen und den Erlass von Ansprüchen von bis zu 25.000 EURO im Einzelfall zu entscheiden. Dem Kreisausschuss ist in der nächsten Sitzung über die vom Landrat getroffenen Entscheidungen hinsichtlich des Erlasses von Forderungen ab einem Betrag von 10.000,00 EURO zu berichten.

§ 49

Dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte

- (1) Der Landrat ist befugt, an Stelle des Kreistags, des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen (Art. 34 Abs. 3 LKrO). Dringliche Anordnungen sind solche, die innerhalb eines Zeitraumes erlassen werden müssen, in dem eine Kreistags-, Kreisausschuss- oder sonstige Ausschusssitzung nicht stattfinden kann. Unaufschiebbare Geschäfte sind solche, deren Aufschub bis zur Erledigung durch den Kreistag, Kreisausschuss oder sonstigen zuständigen Ausschuss einen erheblichen Nachteil für die Angelegenheit, den Landkreis oder einen Einzelnen zur Folge hätte.
- (2) Der Landrat hat dem Kreistag oder dem sonstigen zuständigen Ausschuss in der nächsten Sitzung von Anordnungen und der Besorgung von Geschäften gemäß Absatz 1 Kenntnis zu geben (Art. 34 Abs. 3 S. 2 LKrO).

§ 50

Delegation von Aufgaben und Befugnissen auf Personal des Landratsamts

- (1) Dem Landrat stehen für seine Geschäfte die dem Landratsamt zugewiesenen Staatsbediensteten und die Kreisbediensteten zur Seite. Der Landrat weist ihnen ihre Aufgaben zu. Er kann seine Befugnisse in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung teilweise den Staatsbediensteten oder den Kreisbediensteten übertragen und hierbei entsprechende Zeichnungsvollmacht erteilen; eine darüberhinausgehende Übertragung bedarf der Zustimmung des Kreistags (Art. 37 Abs. 4 LKrO). Der Landrat kann Staatsbediensteten Kreisangelegenheiten und Kreisbediensteten Staatsangelegenheiten übertragen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Er kann ihnen dabei in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung auch das Zeichnungsrecht übertragen (Art. 37 Abs. 4 LKrO). Eine Übereinstimmung zwischen Geschäftsverteilung und Regelung des Zeichnungsrechts ist anzustreben.
- (2) Der Landrat führt die Dienstaufsicht über die Staats- und Kreisbediensteten, er übt ferner die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Kreisbeamten aus (Art. 37 Abs. 3, 38 Abs. 3 LKrO).

§ 51 Vollzug der Staatsaufgaben

Im Vollzug der Staatsaufgaben (§ 2 Abs. 2) wird der Landrat als Organ des Staates tätig und untersteht lediglich den Weisungen seiner vorgesetzten Dienststellen (Art. 37 Abs. 6 LKrO).

§ 52 Stellvertreter des Landrats

- (1) Der gewählte Stellvertreter des Landrats hat den Landrat für den Fall seiner Verhinderung in allen seinen Geschäften (Staats- und Kreisaufgaben) zu vertreten. Bei kurzdauernder Abwesenheit des Landrats (bis zu 2 Arbeitstagen) bedarf es in der Regel der Stellvertretung nicht, solange und soweit die laufende Verwaltung des Landratsamts durch Zeichnungsvollmacht nach Art. 37 Abs. 4 LKrO gewährleistet ist.
- (2) Ist auch der gewählte Stellvertreter verhindert, so vertritt den Landrat der aus der Mitte des Kreistags bestellte weitere Stellvertreter, bei dessen Verhinderung
 1. im Kreistag und in den Ausschüssen das dienstälteste und an Jahren älteste anwesende Kreistagsmitglied,
 2. im Übrigen der juristische Staatsbeamte des Landratsamts, den der Landrat bestimmt, bei dessen Verhinderung der jeweils anwesende dienstälteste juristische Staatsbeamte.
- (3) Der Landrat hat seine Stellvertreter schriftlich besonders zu verpflichten, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. In gleicher Weise hat der Landrat Bedienstete zu verpflichten, bevor sie mit solchen Angelegenheiten befasst werden.
- (4) Ein Bürgermeister einer kreisangehörigen Kommune, der zugleich gewählter Stellvertreter des Landrats ist, darf den Landrat bei Amtshandlungen nicht vertreten, die der Kommune einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen könnte (Art. 38 Abs. 2 KWBG).

VII. Teil Landratsamt

§ 53 Landratsamt

- (1) Das Landratsamt ist Verwaltungsbehörde des Landkreises (vgl. § 2 Abs. 1 S. 2) und untere staatliche Verwaltungsbehörde (vgl. § 2 Abs. 2). Das Personal des Landratsamts erhält Anweisungen ausschließlich vom Landrat und nach Maßgabe der Geschäftsverteilung von anderen Vorgesetzten.
- (2) Die Geschäftsverteilung richtet sich nach dem vom Landrat zu erlassenden Geschäftsverteilungsplan (Art. 40 Abs. 3 LKrO).

- (3) Das Landratsamt ist verpflichtet, in Kreisangelegenheiten jedem Kreisrat Auskunft zu erteilen, der um eine solche Auskunft beim Landratsamt nachsucht (Art. 23 Abs. 2 Satz 2 LKrO). Hierbei kann der Landrat im Einzelfall auch die Akteneinsicht gestatten.

VIII. Teil Schlussbestimmungen

§ 54 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 7. Mai 2026 in Kraft.